



Stadt Bern
Gemeinderat

Legislaturrichtlinien 2005 – 2008

Schlussbericht



Lebensqualität in Bern



Impulse für Bern

Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof
Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8

T 031 321 62 10
F 031 321 60 10
E stadtkanzlei@bern.ch

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3	
Entwicklung der Legislaturrichtlinien 2005 – 2008	9	
1 ➔ Schwerpunkt: Lebensqualität in Bern	10	
2 ➔ Schwerpunkt: Impulse für Bern	11	
Die Schwerpunkte und Legislaturziele	13	
1	Lebensqualität in Bern	
1.1	Die Wohnstadt Bern verfügt über ein ausgewogenes Wohnungsangebot	14
1.2	Bern hat ein den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen entsprechendes Wohnangebot	16
1.3	Die Wohnumfeldqualität wird weiter verbessert	17
1.4	Die familienergänzende Kinderbetreuung wird bedarfsgerecht ausgebaut	19
1.5	Die Stadt Bern wird als sicher und sauber wahrgenommen	20
1.6	Umweltfreundliche Mobilität und stadtverträgliche Verkehrsarten werden gefördert	22
1.7	Die Volksschulen gewährleisten allen Kindern und Jugendlichen tatsächliche Chancengleichheit	24
1.8	Mehr Jugendliche und junge Erwachsene haben einen Ausbildungs- bzw. einen Arbeitsplatz	26
1.9	Neue Formen der Mitwirkung in- und ausländischer Bevölkerungsschichten sind etabliert	28
2	Impulse für Bern	
2.1	Für den Wirtschaftsstandort Bern wird ein ausgewogenes Arbeitsplatzangebot angestrebt	29
2.2	Bern ist als Kulturstadt national und international stärker verankert	30
2.3	Bern ist als nationale und internationale Sportstadt etabliert	32
2.4	Das Agglomerationsbewusstsein in der Stadt ist gestärkt	33
2.5	Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerbe wird speziell mit Blick auf die Innenstadt verstärkt	34
2.6	Der Wertzerfall bei den Infrastrukturanlagen wird gebremst	35
2.7	Die Steuereinnahmen werden ohne Erhöhung des Steuerfusses erhöht	36

Einleitung

Der Gemeinderat unterbreitet hiermit seinen Schlussbericht über die Legislaturrichtlinien 2005 – 2008. Diese Legislaturperiode war die erste nach der tief greifenden Regierungs- und Verwaltungsreform im Jahr 2004, die sowohl die Zahl der Gemeinderatsmitglieder als auch der Verwaltungsdirektionen von sieben auf fünf reduzierte. Im letzten Jahr der zu Ende gehenden Legislatur hat der Gemeinderat mit der Überführung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei einen weiteren Reformschritt vollzogen und zugleich das Wirtschaftsamt, das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz sowie die Mobilitätsberatung neu in die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) eingegliedert. Schliesslich hat der Gemeinderat beschlossen, alle veranstaltungsrelevanten Aufgaben in einer neuen Organisationseinheit «Veranstaltungsmanagement» zentral und in der Direktion SUE zusammenzufassen.

Mit den Legislaturrichtlinien 2005 – 2008 hat der Gemeinderat zum vierten Mal seit 1992 Richtlinien für seine Regierungstätigkeit erlassen. Er hat in seinem Regierungsprogramm die zwei Handlungsschwerpunkte «Lebensqualität in Bern» und «Impulse für Bern» gesetzt. Legislaturrichtlinien gründen jedoch stets auf längerfristigen politischen Zielvorstellungen, so hat der Gemeinderat seine Zielformulierung auch auf den Legislaturrichtlinien 2001 – 2004 aufgebaut. Je anspruchsvoller und vielschichtiger die strategischen Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind, umso wichtiger ist es, Legislaturrichtlinien auch in diesem längerfristigen Kontext zu beurteilen.

Im vorliegenden Schlussbericht zieht der Gemeinderat lediglich Bilanz über die Erreichung der in den Legislaturrichtlinien formulierten Ziele. Die Regierungstätigkeit des Gemeinderates umfasst weit mehr Handlungsfelder als die hier abgebildeten, so dass die vorliegende Bilanz nicht das ganze Leistungsspektrum der Stadtverwaltung wiedergibt. Über die Stammaufgaben als Bestandteil eines qualitativ hoch stehenden und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Service public sowie über weitere Projekte gibt der Jahresbericht jeweils detailliert und nach Produktgruppen geordnet Auskunft.

Bern, im August 2008

Lebensqualität in Bern

Mit dem Schwerpunkt «Lebensqualität» hat sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen der in Bern wohnenden Menschen in ihrer hohen Qualität zu erhalten bzw. zu verbessern. Mit diesen Legislaturzielen beabsichtigt der Gemeinderat, das Wohlergehen aller Altersgruppen und aller sozialen Schichten zu fördern sowie die Quartiere als urbane Wohn- und Lebensräume zu stärken. Alle Massnahmen, die in diesem Schwerpunkt zusammengefasst werden, weisen einen nach innen gerichteten Wirkungsbereich der Stadtentwicklung auf. Zielgruppe ist die Bevölkerung der Stadt Bern.

Die Stadt Bern bietet eine hohe Lebens- und Wohnqualität, verfügt über eine gute Infrastruktur und strahlt einen besonderen Charme in einzigartiger Umgebung aus. Die alle zwei Jahre durchgeführten Bevölkerungsbefragungen bestätigen diesen Eindruck regelmässig. Die Befragung im Jahr 2007 ergab ein deutliches Bild: 95 Prozent der Befragten geben an, sehr gerne oder gerne in Bern zu leben. Damit ist die Einschätzung gegenüber 2005 unverändert positiv geblieben. Bei den Gründen für die hohe Wertschätzung der Stadt Bern als Lebens- und Wohnort geben die meisten Befragten das gute Lebensgefühl und die hohe Qualität des Umfelds an. Erwähnt werden jeweils insbesondere die Schönheit und Stimmung der Stadt, die überschaubare Grösse und die vorhandenen Grünräume sowie die Lebensqualität allgemein. Die jährlich vom Unternehmen Mercer durchgeführte und international vergleichende Untersuchung zur Standortqualität von insgesamt 215 Städten bestätigte auch im Jahr 2008, dass die Stadt Bern über eine sehr hohe Lebensqualität verfügt und auf der Rangliste der weltweit sichersten Städte, gleich hinter Luxemburg, auf dem zweiten Rang zu liegen kommt.

Obwohl die Qualität des Wohnumfelds in den Befragungen positiv eingeschätzt wird, ist dem Gemeinderat eine weitere Verbesserung ein Anliegen. Mit der Fertigstellung des Weissensteinparks konnte dazu ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Auch der Park für das neue Stadtquartier «Brünnen», mit dessen Bau anfangs 2009 begonnen und der im Sommer 2010 fertig gestellt sein wird, wird zu einer hohen Qualität des Wohnumfelds beitragen. Ein anderes Beispiel ist in Berns Westen das Naherholungsgebiet Gäbelbachtal: In den letzten vier Jahren konnten im Gäbelbachtal wichtige Aufwertungs- und Schutzarbeiten abgeschlossen werden. Neben dem Wohnumfeld und der Attraktivität der städtischen Grünräume leistet auch eine geringe immissionsbedingte Umweltbelastung einen bedeutenden Beitrag zu einer hohen Lebensqualität. Weitere Massnahmen im Bereich des Umweltschutzes stellen die Re-Zertifizierung der Stadt Bern als «Energistadt» dar und die Schaffung der Klimaplattform der Wirtschaft. Diese Plattform, die ein enger Austausch zwischen den städtischen Behörden und mehr als 40 Wirtschaftsunternehmen gewährleistet, führt zu konkreten Massnahmen zur CO₂-Reduktion.

Selbstverständlich weist die Bevölkerungsbefragung 2007 auch auf unterschiedliche Problembereiche hin. Die Regierungszeit war geprägt von verschiedenen wegweisenden Infrastrukturprojekten und von Grossbauprojekten, insbesondere dem Umbau des Bahnhofplatzes. Diese Bauprojekte hatten zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsführung des öffentlichen und privaten Verkehrs. Es verwundert deshalb wenig, dass gut ein Drittel der Befragten die Baustellen als grössten Problembereich erwähnten.

Praktisch zeitgleich mit der Beendigung der vierjährigen Regierungszeit konnte das Projekt Umbau Bahnhofplatz erfolgreich abgeschlossen werden. Der aufgewertete Platz mit dem Baldachin als prägendem Element dient nun als Tor zu einer lebendigen und attraktiven Innenstadt.

Bis anfangs dieses Jahrzehnts verzeichnete Bern einen Bevölkerungsrückgang. In den letzten Jahren konnte dieser erfolgreich gestoppt werden: Urbanes Wohnen ist wieder attraktiv, unter anderem weil hier beste Infrastruktur in geringer Distanz vorhanden ist. Das vielfältige Angebot im Bereich der Gesundheits- und Pflegeversorgung zieht ältere Personen wieder vermehrt in die Stadt, und die Infrastruktur im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung ist für Familien attraktiv. Diese ziehen mit Vorliebe in die neu geschaffenen Siedlungen, wie eine kürzlich vorgenommene Untersuchung der Stadt ergeben hat. Wohnbaupolitische Meilensteine dieser Legislatur sind die Überbauungen Weissenstein und Brünnen (1. Etappe) sowie die mittelfristige Planungsstrategie «Bauliche Entwicklung Wohnen», welche langfristige Stadtentwicklungspotentiale für zukünftige Wohnbauprojekte identifiziert.

Mit den Wohnbauprojekten Brünnen und dem Prestigebau des Freizeit- und Einkaufszentrums WESTside von Daniel Libeskind wird im Herbst 2008 ein weiteres Kapitel der Stadtentwicklung aufgeschlagen: In Berns Westen entsteht ein attraktives neues Stadtquartier, das sich in den nächsten Jahren in die bestehende sozialräumliche Struktur einfügen wird. Darüber hinaus wird mit der Realisierung des Trams Bern West der ganze Stadtteil noch besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung im Bereich des Wohnungsbaus bleibt das Verhältnis zwischen der Wohnbevölkerung und den Arbeitsplätzen in der Stadt Bern ungünstig: Immer noch arbeiten deutlich mehr Menschen in der Stadt als hier wohnhaft sind. Der Gemeinderat ist sich darüber im Klaren, dass die Veränderung dieses Verhältnisses ein langfristiges Bestreben darstellt.

Damit zusätzliche Bewohnerinnen und Bewohner nach Bern ziehen, muss die Stadt auch für Familien als Wohnstandort attraktiv sein. Dazu bedarf es eines ausreichenden Angebots an familienergänzenden Betreuungsleistungen und eines qualitativ hoch stehenden Schul- und Bildungsangebots. Der Gemeinderat misst diesen Standortfaktoren seit langer Zeit hohes politisches Gewicht bei und fördert den Ausbau des Betreuungsangebots, da dieses auch einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt. Obschon die Zahl der mitfinanzierten Plätze in Tagesstätten seit 2005 erhöht werden konnte, ist die Warteliste bei den Betreuungsplätzen angestiegen. Der Grund liegt in der Plafonierung des Lastenausgleichs des Kantons im Jahr 2006 und der daraus entstandenen Finanzierungslücke.

Impulse für Bern

Die unter dem Schwerpunkt «Impulse für Bern» zusammengefassten Massnahmen haben zum Ziel, die Stadt Bern in ihrer Handlungsfähigkeit als soziales und wirtschaftliches Gemeinwesen zu stärken. In einem immer dynamischeren wirtschaftlichen und sozialen Umfeld und einem zunehmend härteren Standortwettbewerb, der längst nicht allein Wirtschaft und Arbeitsmarkt umfasst, sondern zunehmend auch das Kultur-, Sport- und Freizeitangebot, muss die Stadt ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern. Die unter dem Schwerpunkt «Impulse» zusammengefassten Ziele weisen deshalb einen nach aussen gerichteten Wirkungsbereich auf. Die Stadt Bern soll sich aktiv positionieren als wirtschaftsfreundliches Zentrum mit einem attraktiven Freizeitangebot in einer dynamischen und gut vernetzten Region.

Mit der erfolgreichen Durchführung der Fussball-Europameisterschaft EURO 2008, die mit ihrer Grösse und ihrer medialen Abdeckung für die Stadt Bern einzigartig war, konnte sich Bern als bedeutende Sportstadt der Schweiz positionieren. Einen wichtigen Beitrag zur Positionierung auf nationaler Ebene leisten weitere Sportveranstaltungen wie der Grand Prix von Bern und der Berner Frauenlauf, ganz zu schweigen von den zahlreichen Veranstaltungen im Bereich des Breitensports. Zudem laufen zurzeit die Vorbereitungsarbeiten für die Eishockey-WM, die im 2009 in der totalsanierten Postfinance-Arena stattfinden wird.

Neben den Sportanlässen und der Förderung des Breitensports galt das Augenmerk in dieser Legislatur der Kulturförderung und Kulturpolitik, mit der eine klare nationale und internationale Positionierung Berns als Kulturstadt angestrebt wird. Die vom Gemeinderat im Jahr 2007 verabschiedete Strategie für die städtische Kulturförderung 2008 – 2011 leistet zur Schwerpunktsetzung und zur angestrebten erfolgreichen Positionierung einen wichtigen Beitrag.

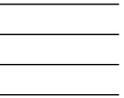
In der Legislatur 2005 – 2008 entwickelte sich in den Kantonalen Entwicklungsschwerpunkten (ESP) eine gewisse Dynamik. Insbesondere die erfolgreichen Vermarktungsanstrengungen im ESP Wankdorf deuten auf die künftige Entwicklung hin und zeigen das Potenzial, das namentlich im WandorfCity herrscht. Dort konnten Vorverkaufsverträge für 80 Prozent der verfügbaren Parzellen abgeschlossen werden.

Diese Dynamik und die rege Bautätigkeit in der Stadt Bern haben auch Auswirkungen auf die Wertvermehrung und den Werterhalt bei den Infrastrukturanlagen. Die Stadt Bern hat in dieser Legislatur 144 Mio. Franken an Investitionsmitteln für den Tiefbau bereitgestellt. Dennoch konnte das ungünstige Verhältnis zwischen Wert erhaltenden und Wert vermehrenden Massnahmen nur teilweise zugunsten der Wert erhaltenden Massnahmen verändert werden. Dies deshalb, weil mit den Grossprojekten Bahnhofplatz, Brünen WESTside, Umfahrung Niederbottigen, S-Bahn-Station Wankdorf und dem Zubringer Neufeld erheblicher Mehrwert geschaffen wurde.

In den vier Jahren seit 2005 konnte der altrechtliche Bilanzfehlbetrag um insgesamt 87,01 Mio. Franken abgebaut werden (Stand Ende 2007), neurechtliche Bilanzfehlbeträge entstanden weiterhin keine. Die haushalts- und finanzpolitische Situation der Stadt Bern ergibt sich zum einen durch die vorteilhafte konjunkturelle Entwicklung, zum anderen ist sie ein Resultat der konsequenten Sparanstrengungen der Stadt.

Die dezidierte Vertretung der städtischen Interessen gegenüber Kanton und Bund wird weiterhin eine wichtige Aufgabe darstellen. Die verbesserte Koordination und regionale Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit kann in Zukunft einen Beitrag leisten, die Interessen der Kernstadt in einer an Bedeutung gewinnenden Agglomeration und Region effizienter einzubringen. Diese zukunftsweisenden Projekte ermöglichen zudem eine klarere Positionierung der Region gegenüber Bund und Kanton.

Entwicklung der Legislaturrichtlinien 2005 – 2008



Grundsätzlich ergibt sich ein positives Bild bei der Beurteilung der Erreichung der Legislaturziele. Die meisten Ziele können Ende Legislatur als erreicht betrachtet werden: Sieben Legislaturziele sind teilweise und neun Legislaturziele vollumfänglich erreicht worden, keines wurde nicht erreicht (vgl. nachfolgende Zusammenstellung). Aus Sicht des Gemeinderats hat damit eine insgesamt zielkonforme Entwicklung stattgefunden.

Die Stadt Bern hat sich somit, wie vom Gemeinderat beabsichtigt, in der zu Ende gehenden Legislatur in eine positive Richtung weiter entwickelt. Bern ist ein lebenswerter Wohnort und ein gefragter Arbeitsort. Zudem konnte sich die Bundesstadt Bern lokal, national und international noch besser als lebendige und vielfältige Kultur- und Sportstadt etablieren. Für den Gemeinderat zeigt dies, dass die vorgenommene Schwerpunktsetzung und die formulierten Legislaturziele richtig waren.

1. Schwerpunkt: Lebensqualität in Bern

1.1	Die Wohnstadt Bern verfügt über ein ausgewogenes Wohnungsangebot	Ziel teilweise erreicht
1.2	Bern hat ein den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen entsprechendes Wohnangebot	Ziel erreicht
1.3	Die Wohnumfeldqualität wird weiter verbessert	Ziel teilweise erreicht
1.4	Die familienergänzende Kinderbetreuung wird bedarfsgerecht ausgebaut	Ziel teilweise erreicht
1.5	Die Stadt Bern wird als sicher und sauber wahrgenommen	Ziel erreicht
1.6	Umweltfreundliche Mobilität und stadtverträgliche Verkehrsarten werden gefördert	Ziel teilweise erreicht
1.7	Die Volksschulen gewährleisten allen Kindern und Jugendlichen tatsächliche Chancengleichheit	Ziel teilweise erreicht
1.8	Mehr Jugendliche und junge Erwachsene haben einen Ausbildungs- bzw. einen Arbeitsplatz	Ziel erreicht
1.9	Neue Formen der Mitwirkung in- und ausländischer Bevölkerungsschichten sind etabliert	Ziel teilweise erreicht

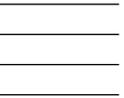
2. Schwerpunkt: Impulse für Bern

2.1	Für den Wirtschaftsstandort Bern wird ein ausgewogenes Arbeitsplatzangebot angestrebt	Ziel erreicht
2.2	Bern ist als Kulturstadt national und international stärker verankert	Ziel erreicht
2.3	Bern ist als nationale und internationale Sportstadt etabliert	Ziel erreicht
2.4	Das Agglomerationsbewusstsein in der Stadt ist gestärkt	Ziel erreicht
2.5	Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerbe wird speziell mit Blick auf die Innenstadt verstärkt	Ziel erreicht
2.6	Der Wertzerfall bei den Infrastrukturanlagen wird gebremst	Ziel teilweise erreicht
2.7	Die Steuereinnahmen werden ohne Erhöhung des Steuerfusses erhöht	Ziel erreicht

Jedes Legislaturziel wird im Folgenden detailliert nach den Indikatoren kommentiert. Bei gewissen Legislaturzielen zeigt sich, dass sie eine über die Periode von vier Jahren hinausgehende, längerfristige Ausrichtung aufweisen. Das gilt insbesondere für Legislaturziele, die mit aufwändigen Planungsverfahren in Verbindung stehen, oder auch für Ziele im Bereich des Umweltschutzes oder der Integration, die einen wichtigen Beitrag leisten zu einer nachhaltigen Stadt mit hoher Lebensqualität.

Die Schwerpunkte und Legislaturziele

- 1 Lebensqualität in Bern
- 2 Impulse für Bern



1.1 Die Wohnstadt Bern verfügt über ein ausgewogenes Wohnungsangebot

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Bis 2008 werden die planerischen Rahmenbedingungen für 1000 Wohnungen geschaffen.

Seit 2005 wurden Planungsgrundlagen für rund 540 Wohnungen gelegt, davon 280 in Volksabstimmungen und 260 in geringfügigen Verfahren (z.B. Schwarzenburgstrasse 71). Zahlreiche grosse Planungsgeschäfte sind in Vorbereitung (z.B. Umnutzung der Kehrlichtverbrennungsanlage Warmbächliweg), konnten aber in der aktuellen Legislatur nicht mehr den Stimmberechtigten vorgelegt werden. Die im Jahr 2006 von den Stimmberechtigten angenommene Bauordnung BO.06 ermöglicht ausserdem wohnbaufördernde Massnahmen in der Grössenordnung von jährlich 25 bis 50 zusätzlichen Wohnungen

Bis 2008 sind 1600 Wohnungen bezugsbereit.

Zwischen 2005 und 2007 wurden 846 Wohnungen neu- oder umgebaut. Bis Ende 2008 werden weitere gegen 500 Wohnungen bezugsbereit sein, zum Beispiel 128 in Brünnen, 231 im Weissenstein, 39 im Wylerpark und 10 an der Stauffacherstrasse. Total entstanden in dieser Legislatur also rund 1 350 Wohnungen. Das Ziel konnte nur annähernd erreicht werden, da verschiedene grössere Projekte wie Schönberg-Ost, Acherli oder Baumgarten-Ost nicht wie geplant in dieser Legislatur erstellt werden konnten. Gründe für Verzögerungen sind etwa Vorstellungen der Grundeigentümer zum Realisierungstempo, unvorhersehbare Probleme bei der Altlastensanierung oder hängige Beschwerden. Rund 400 Wohnungen sind aber im Bau und können in den nächsten Jahren bezogen werden, zahlreiche Wohnungen befinden sich im Baubewilligungsverfahren.

Insgesamt werden durch Rückführung / Umnutzung 80 Wohnungen neu geschaffen.

Durch die Rückführung von Büroräumlichkeiten der kantonalen Verwaltung entstanden in der Innenstadt 21 Wohnungen und in verschiedenen Projekten in den weiteren Stadtteilen rund 60 Wohnungen. Das Ziel von 80 neuen Wohnungen aus Rückführungen und Umnutzungen konnte somit erreicht werden.

Die Zahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler steigt.

Seit Legislaturbeginn hat sich die Zahl der steuerpflichtigen Personen um 2017 erhöht.

Die neue Bauordnung BO.05 ist in Kraft.

Die Totalrevision der städtischen Bauordnung wurde mit Einschränkungen bezüglich Überzeitbewilligung am 24. September 2006 mit rund 74 Prozent von den Stimmberechtigten angenommen.

Die erste Etappe Brünnen ist abgeschlossen.

Mit einer Ausnahme befinden sich die Bauprojekte in Brünnen auf allen Baufeldern der ersten überarbeiteten Etappe in Umsetzung. Ende 2008 werden 128 Wohnungen bezugsbereit sein.

Ein innovatives / nachhaltiges Wohnbauprojekt (Autofreies Wohnen oder Niedrigstandardwohnungen) ist planerisch und rechtlich vorbereitet und durch die Stadt gefördert.

Die erste autofreie Siedlung an der Burgunderstrasse mit 28 Wohnungen steht kurz vor Baubeginn. Eine Erweiterung auf ungefähr 90 Wohnungen ist geplant. Eine Niedrigenergie-Siedlung (Stöckacker) und eine Niedrigstandard-Siedlung sind in Vorbereitung.

Die Umsetzung der Teilstrategie Wohnen des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ist nachweisbar (Portfolio-Management, Investitions- und Finanzplanung, Wirtschaftlichkeit).

Die Teilstrategie Wohnen und die Finanz- und Investitionsplanung für die Jahre 2008 bis 2018 wurden von der Betriebskommission des Fonds verabschiedet.

1.2 Bern hat ein den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen entsprechendes Wohnangebot

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

In der Stadt Bern gibt es 200 zusätzliche Pflegeheimplätze für pflegebedürftige Personen

Durch die Anpassungen an den heutigen Standard und zur Kompensation des Bettenabbaus in den Heimen der Burgergemeinde muss die Stadt Bern per Saldo 306 Heimplätze schaffen, um das Ziel von 200 zusätzlichen Pflegeheimplätzen erreichen zu können. Ende Legislatur befinden sich 302 Plätze in privaten und öffentlichen Heimen in Planung. (Stand Juni 2008) Die Realisierung erfolgt etappiert 2008 – 2011.

Bei allen im Auftrag der Stadt betriebenen Heimen ist der Sanierungsbedarf erhoben und die Planung für die Umsetzung der notwendigen baulichen Massnahmen erstellt. 400 Heimplätze sind saniert.

Die Erhebung des allgemeinen Sanierungsbedarfs bei den im Auftrag der Stadt betriebenen Heimen hat ergeben, dass bei fünf Heimen kein Bedarf besteht und bei einem eine Sanierung gar nicht möglich ist (Nydegg). In neun Pflegeheimen laufen seit 2005 Planungs- und Bauprojekte und bei zwei Heimen konnten die notwendigen Massnahmen bereits realisiert werden (Bethlehemacker und Schwabgut).

Das Angebot an betreutem und altersgerechtem Wohnen ist ausgebaut. Bei den bestehenden Wohnungen, auf welche die Stadt Einfluss nehmen kann, ist der Sanierungsbedarf erhoben und die Planung für die Umsetzung der baulichen Massnahmen erstellt.

Der Gemeinderat hat seinen Schwerpunkt in der Legislatur auf die Schaffung von mehr Plätzen für pflegebedürftige Menschen in Pflegeheimen oder betreuten Wohnformen gelegt, da Massnahmen in diesem Bereich zurzeit dringlicher sind als im Bereich des altersgerechten Wohnens (d.h. Alterswohnen ohne Betreuungsleistungen). Mitte 2008 befinden sich 173 zusätzliche betreute Wohnplätze in Planung. Gleichzeitig ist ein Abbau von 99 unbetreuten Plätzen zugunsten von betreuten Wohnformen oder Pflegeheimplätzen vorgesehen.

Ein Angebot für präventive Hausbesuche ist eingerichtet.

Im Verlaufe der Legislatur wechselte die Zuständigkeit bei der Ausarbeitung eines präventiven Hausbesuchsangebots von der Stadt zum Kanton (Gesundheits- und Fürsorgedirektion), der ein regionales Pilotprojekt lancierte. Dadurch hat die Stadt keinen Einfluss mehr auf Ausgestaltung und Umsetzung.

Die Spitexleistungen sind so weit ausgebaut, als dies zum vollumfänglich Decken der steigenden Nachfrage nötig ist.

Da die Nachfrage nach Spitexleistungen aufgrund der soziodemographischen Entwicklung und veränderter Wohn- und Lebensformen kontinuierlich steigt, wurden die Personalressourcen in den jährlichen Leistungsverträgen erhöht. Heute verfügt die Stadt Bern über ein hervorragendes Pflege- und Versorgungsangebot; die Dienstleistungen stehen rund um die Uhr und an allen Wochentagen zur Verfügung.

1.3 Die Wohnumfeldqualität wird weiter verbessert

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Pro Jahr werden in allen Stadtteilen im Rahmen des Massnahmenplans Verkehrssicherheit (MVS) je mindestens 4 Massnahmen in Wohnquartieren realisiert. Zudem wird jährlich mindestens ein Unfallschwerpunkt auf dem Basisnetz analysiert, und es werden einfache Sofortmassnahmen umgesetzt.

Da in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich grosser Handlungsbedarf bezüglich Verkehrssicherheit besteht, wurden im Betrachtungszeitraum auch je nach Stadtteil unterschiedlich aufwändige Massnahmen umgesetzt. In der Innenstadt konnte mit der Neugestaltung zur Begegnungszone die Verkehrssicherheit allgemein erhöht werden, im Stadtteil II (Länggasse-Felsenau) konnten zwei, im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl drei Massnahmen realisiert werden. Im Rahmen des Grossprojektes Länggasse 2009 werden weitere Verbesserungen vorgenommen, ebenso im Stadtteil Bümpliz-Oberbottigen im Zusammenhang mit den Grossprojekten Tram Bern West und WESTside Brünnen. Im Stadtteil Breitenrain-Lorraine wurde die Gleissanierung Viktoriaplatz und die Umgestaltung Breitenrainplatz vorbereitet. Schliesslich führte eine Analyse der Verkehrssicherheit in der Umgebung von isoliert stehenden Kindergärten zur Formulierung von Verbesserungsmassnahmen.

Pro Jahr werden 80 Liegenschaften lärmsaniert.

Die für die Lärmsanierung von Liegenschaften notwendigen Investitionsmittel konnten nicht jedes Jahr eingesetzt werden. Mit der Sanierung von rund 230 Liegenschaften seit 2005 (Stand Ende 2007) konnte das Ziel dennoch beinahe erreicht werden.

Messwerte Luftbelastung: Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung:

- Stickstoffdioxid: 30 Mikrogramm/m³ (Jahresmittelwert)
- Ozon: 120 Mikrogramm/m³ (1-h-Mittelwert)
- Schwebestaub: 20 Mikrogramm/m³ (Jahresmittelwert).

Die Luftbelastung lag in den letzten vier Jahren teilweise massiv über dem Jahresgrenzwert. So überschritt die Ozonbelastung im 2006 den Grenzwert mehr als doppelt so lange wie vorgegeben. Ein Grund für diese Überschreitung der definierten Jahresgrenzwerte liegt in den kontinuierlich steigenden Verkehrszahlen und den hohen Fahrleistungen.

Jährlich werden mindestens 5 Lokale-Agenda-21-Projekte realisiert.

Im Verlauf der Legislatur wurde beschlossen, im Bereich der Umweltschutzkampagnen künftig klare Schwerpunkte festzulegen. Mit der Kampagne «bernatmet-durch» und der Schaffung der Klimaplattform wurden wichtige Instrumente der städtischen Klimapolitik geschaffen.

Ein Benchmarking zur Nachhaltigkeit ist eingeführt.

Aufgrund personeller Wechsel beim federführenden Amt für Umweltschutz konnte in der vierjährigen Regierungstätigkeit kein Benchmarking zur Nachhaltigkeit eingeführt werden.

Das Energieleitbild der Stadt ist erarbeitet und der Massnahmenplan verabschiedet.

Der Gemeinderat hat seine Energiestrategie 2006 – 2015 verabschiedet, die sich nun in Umsetzung befindet. Im 2006 erhielt die Stadt Bern zudem nach einem erfolgreichen Re-Audit erneut das Label «Energistadt» verliehen.

Insgesamt sind zwei Quartierpärke realisiert.
Die drei ersten Naherholungsräume sind teilweise oder ganz aufgewertet.
In jedem Stadtteil sind mindestens zwei Park- oder Spielbereiche aufgewertet.

Im Bereich der Parkanlagen und Naherholungsräume konnten der Bau des Weissensteinparks begonnen und die Aufwertungsarbeiten im Gäbelbachdelta abgeschlossen werden. Zudem wird eine kontinuierliche Aufwertung des ganzen Gäbelbachtals zu einem Naherholungsgebiet umgesetzt. Finanzierungsengpässe in der mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) führten dazu, dass mit der Projektierung der Parkanlage Brännengut erst 2007 begonnen werden konnte. Die Realisierung des Naherholungsraums Wyssloch-Egelsee wurde zudem in die MIP 2014 verschoben.

1.4 Die familienergänzende Kinderbetreuung wird bedarfsgerecht ausgebaut

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Anzahl von der Stadt mitfinanzierte Plätze in Kindertagesstätten, Tagesstätten für Schulkinder und Kinderhäusern insgesamt
Es werden jährlich 40 neue Plätze geschaffen, davon mindestens 20 für Kinder unter 3 Jahren.
Die Wartedauer auf einen Platz in einer Tagesstätte beträgt höchstens 9 Monate.

Die Stadt konnte die Anzahl der mitfinanzierten Plätze in Kindertagesstätten, Tagesstätten für Schulkinder und in Kinderhäusern seit 2005 weiter erhöhen. Mit 131,5 neu geschaffenen Betreuungsplätzen seit 2005 wird das Ziel knapp nicht erreicht, jährlich 40 neue Plätze zu schaffen. Dies deshalb, weil der Kanton, bei voller Anerkennung des ausgewiesenen Bedarfs, aus finanziellen Gründen nur noch einen Teil über den Lastenausgleich mitfinanziert. Als Folge musste der Ausbau in den Jahren 2006 und 2007 reduziert werden. Trotz des Platzausbaus ist die Warteliste bei Kleinkindern auf Grund eines ausgeprägten Nachfrageüberhangs weiter angestiegen.

Anzahl spezielle Förderprogramme (Sprache, Bewegung, Ernährung) in Kindertagesstätten

Der Gemeinderat verabschiedete im 2006 das Frühförderungskonzept, das die Förderprogramme in den Kindertagesstätten definiert und deren Umsetzung festlegt. Am Ende der Legislatur sind die Förderprogramme in Kraft. Erste Erfahrungen der Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten in den Pilotquartieren sind positiv.

1.5 Die Stadt Bern wird als sicher und sauber wahrgenommen

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Die Bevölkerungsbefragungen belegen eine merkliche Verbesserung des Sicherheits- und Sauberkeitsempfindens in der Bevölkerung.

Die alle zwei Jahre durchgeführte Bevölkerungsbefragung konnte eine allgemeine Verbesserung des Sicherheits- und Sauberkeitsempfindens nachweisen. Im Jahr 2003 nannten 37,2 Prozent der Befragten den Themenkreis «Abfall, Dreck, Schmierereien und Vandalismus» als Problem und der Themenkreis figurierte zu oberst auf der Sorgenliste der Berner Bevölkerung. In den Jahren 2005 und 2007 reduzierte sich der Wert auf 31 bzw. 31,9 Prozent.

Die Fusspatrouillen-Präsenz der Stadtpolizei von heute durchschnittlich 9 500 Personenstunden pro Jahr wird 2005 – 2008 durch interne Prioritätensetzung auf durchschnittlich 15 000 Personenstunden pro Jahr erhöht.

Wegen der Fusion der Stadtpolizei mit Police Bern kann für das letzte Legislaturjahr keine genaue Aussage zu den geleisteten Personenstunden gemacht werden (Migration des Informatiksystems der Stadtpolizei zum System der Kantonspolizei). Gemäss Hochrechnungen wurden im 2007 maximal 12 000 Personenstunden präventive Präsenz in Form von Fusspatrouillen geleistet. Der Vorjahreswert von 14 301 Personenstunden konnte nicht erreicht werden. Durch die angehäuften Überstunden und den Auftrag zu deren Abbau unmittelbar vor der Fusion entstand kurzzeitig ein Personalengpass.

Das Abfallkonzept 2003 ist Ende 2008 in wichtigen Bereichen umgesetzt: Ein grosser Entsorgungshof und 10 Quartierentsorgungsstellen sind in Betrieb, das ÖkoInfoMobil ist im Einsatz, die betrieblichen Abfälle werden nach Gewicht erfasst und verrechnet.

Der negative Volksentscheid zum Landkauf und Projektierungskredit für den Entsorgungshof Nord führt zu einer Verzögerung bei der Umsetzung des Abfallkonzepts. Es liegt zwar ein Projekt zur Optimierung der bestehenden Entsorgungshöfe vor, eine Umsetzung erfolgt jedoch frühestens ab 2010. Das ÖkoInfoMobil, das kleinere Abfallmengen entgegennimmt und die Bevölkerung bei Entsorgungsfragen berät, ist hingegen seit 2006 im Einsatz und wurde im zweiten Betriebsjahr von 11 500 Personen besucht. Das Ziel, in der Legislatur zehn Quartierentsorgungsstellen zu realisieren, konnte ebenfalls erreicht werden. Schliesslich werden seit Mai 2007 die Gewerbeabfälle nach Gewicht erfasst. Eine Ausnahme davon bilden aus Platz- bzw. Mengengründen die Betriebe der Innenstadt und Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden.

Innenstadt und innerstädtische Park- und Grünanlagen sind weitgehend frei von Sprayereien.
Für die Quartiere besteht ein Massnahmenplan zur Bekämpfung der Sprayereien und des Vandalismus im öffentlichen Raum; der Plan ist teilweise umgesetzt.

Der Sauberkeitsindex der Stadt Bern lässt den Schluss zu, dass die Zahl grosser Sprayereien in der Innenstadt seit der Einführung von CasaBlanca rückläufig ist. Die Stadt hat jedoch nach wie vor keinen Einfluss auf diejenigen Liegen-

schaften, die nicht an der Aktion teilnehmen (rund 30 Prozent). Eine Analyse im Jahr 2006 hat ergeben, dass eine flächendeckende Ausdehnung des Programms auf alle Quartiere aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Eine punktuelle Erweiterung auf Schul-, Sport- und Kindergartenanlagen (seit 2007) und auf die Ausfallachse Ostring (seit 2008) wurde hingegen umgesetzt.

1.6 Umweltfreundliche Mobilität und stadtverträgliche Verkehrsarten werden gefördert

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Der Anteil der Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel (öV, Velo, zu Fuss) ist höher als Ende 2004.

Die letzte Untersuchung zum Verkehrsverhalten wurde 2005 durchgeführt. Sie stellte eine Zunahme der mit dem öffentlichen Verkehr (öV) zurückgelegten Distanz um 6 Prozent und einen leichten Rückgang des motorisierten Individualverkehrs fest. Die RBS hat im Jahr 2007 24,5 Mio. Personen transportiert, was einer Steigerung gegenüber 2004 von rund einem Viertel entspricht. Auch bei der BLS nahm die Passagierzahl zu, allein im 2007 um 5 Prozent. Der Fuss- und Veloverkehr blieb im Betrachtungszeitraum konstant.

Die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr sind gegenüber 2004 reduziert.

Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen sind aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs des Pendelverkehrs im städtischen Einzugsgebiet seit Beginn des Untersuchungszeitraums von 28 auf 30 Prozent leicht angestiegen.

Das Velokonzept Bahnhof Bern ist umgesetzt bzw. die Umsetzung rechtlich gesichert.

Im Gebiet des Ende Mai 2008 eröffneten neuen Bahnhofplatzes stehen ca. 2 700 Veloabstellplätze zur Verfügung. Mit der erst nach 2008 realisierten Velostation im Gebiet Schanzenbrücke werden es dereinst deutlich über 3 000 sein.

Die erste Etappe Fuss- und Radweg nach Oberbottigen ist realisiert.

Wegen Einsprachen beim Bewilligungsverfahren ergab sich bei der Realisierung der Fuss- und Radwegverbindung Bümpliz-Oberbottigen eine leichte Verzögerung. Der Baubeginn für die erste Etappe ist voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2008.

Ein umwelt- und stadtverträgliches Verkehrskonzept für die EURO 2008 ist umgesetzt.

Durch die grosse Gästezahl an der EURO 2008 wurde das städtische Verkehrssystem stark beansprucht; es hat aber hervorragend funktioniert. Zentrale Massnahmen für eine umwelt- und stadtverträgliche Verkehrsabwicklung sind die Integration des öV in das Eintrittsticket, das umfangreiche öV-Nachangebot und relativ hohe Parkierungsgebühren. Der Modalsplit von 95 Prozent öV zeigt, dass das umweltverträgliche Verkehrskonzept umgesetzt wurde.

Die Neugestaltung Bahnhofplatz ist abgeschlossen.

Der Bahnhofplatz wurde Ende Mai 2008 nach einer planmässigen Umbauphase

eröffnet.

Die Mobilitätsberatung ist eingeführt.

Die Stelle zur Mobilitätsberatung wurde 2006 besetzt und im Zuge der Verwaltungsreform 2007 in die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE, AfU) eingegliedert. Der Arbeitsschwerpunkt der Stelle lag beim Aufbau des betrieblichen Mobilitätsmanagements in Verbindung mit «Energie Schweiz für Gemeinden». Zudem hat der Gemeinderat ein Konzept mit Massnahmenplan verabschiedet.

1.7 Die Volksschulen gewährleisten allen Kindern und Jugendlichen tatsächliche Chancengleichheit

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Schulsozialarbeit (SSA) ist flächendeckend eingeführt: 7 bis 8 Schulen verfügen über integrierte SSA, an den restlichen Schulen wird zentrale SSA angeboten mit einem Versorgungsgrad von 40 – 45 Stellenprozent pro 1 000 Kinder.

Die Schulsozialarbeit konnte im vorgesehenen Mass eingeführt werden; es standen jedoch zur flächendeckenden Versorgung insbesondere bei grossen Schulen nicht ausreichend Personalressourcen zur Verfügung. In der Folge kam es zu Überforderungen und Kündigungen. Eine Gesamtevaluation wurde eingeleitet.

Die systematische Sprachförderung im Kindergarten ist eingeführt, die Zahl der Bewilligungen des Schulinspektorats steigend.

Die Sprachförderung im Kindergarten ist eingeführt. Die Bewilligungsstelle für Sprachkurse ist das kantonale Schulinspektorat, so dass die Bewilligungspraxis folglich nicht im Einflussbereich der Stadt liegt. Zudem hängt die Zahl der Bewilligungen von der Anzahl fremdsprachiger Kinder ab. In der Legislaturperiode wurden jährlich um die 520 Lektionen bewilligt.

Jährlich werden mindestens 2 Förderangebote als Basis für bessere schulische Chancen für Kinder vor dem Kindergarteneintritt aus Familien mit wenig eigenen Ressourcen eingerichtet.

Das im 2006 vom Gemeinderat verabschiedete Frühförderungskonzept sieht Förderangebote in Kindertagesstätten und Spielgruppen sowie Hausbesuche für benachteiligte Familien vor. Die Umsetzung hat begonnen und ein Massnahmenmonitoring wurde eingerichtet. Insbesondere die Hausbesuche gestalten sich schwieriger als erwartet, da die Zielgruppe schwer erreichbar ist.

Die Angebote Deutsch für Kinder im Vorkindergartenalter und für ihre Eltern sind aufgebaut (2 pro Jahr zusätzlich / Budgetwerte 2005 zu hoch berechnet).

Anfang 2007 ging die Verantwortung für die Deutschkurse von der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen wieder an die Stadt zurück. Auf der Grundlage eines neuen Konzepts wurden im Schuljahr 2007/2008 sieben Kurse in verschiedenen Stadtteilen angeboten.

Übergang Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II:
Die Begleitung von Jugendlichen aus Familien mit wenig eigenen Ressourcen ist institutionalisiert und als Verbundaufgabe von Kanton und Stadt und als Unterstützung der Sekundarstufe I bei der Berufswahlvorbereitung eingerichtet.

Die Fachpersonen des Berufsberatungs- und Informationszentrums suchen die Schulen aktiv auf und bieten bereits ab dem siebten Regelschuljahr Kurse zur Berufswahlvorbereitung an.
Für die Mentoring-Angebote «incluso» und «Kamäleon» bestehen Leistungsvereinbarungen mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung des Kantons.

Die Finanzierung der beiden Mentoringprogramme erfolgte jedoch bislang über einen Fonds, so dass die künftige Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Drei AVANTI Berufswahl-Projektwochen werden pro Jahr an städtischen Schulen durchgeführt.

Das Ziel, jährlich drei AVANTI Berufswahl-Projektwochen durchzuführen, konnte erreicht werden.

Tagesschulen sind flächendeckend eingerichtet.
Die Planung Pilotprojekt Ganztageschule ist abgeschlossen.

Mit der Eröffnung der Tagesschule Rossfeld ist das Angebot an Tagesschulen in der Stadt Bern flächendeckend eingerichtet. Aufgrund fehlender Ressourcen konnte jedoch die Planung für ein Pilotprojekt Ganztageschule nicht begonnen werden.

In den vier Schulgebieten wird jährlich je ein Angebot zur Elterninformation für Eltern von Vorkindergartenkindern, Kindergartenkindern sowie Schülerinnen und Schülern durchgeführt.

Das gesamtstädtische Konzept zur Elterninformation sieht vor, dass die Eltern über DVDs informiert werden. Eine erste DVD zum Kindertageeintritt wurde produziert, drei weitere zu den Schulübergängen sind geplant.

1.8 Mehr Jugendliche und junge Erwachsene haben einen Ausbildungs- bzw. einen Arbeitsplatz

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Die Jugendarbeitslosenquote ist generell tiefer und insbesondere bei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund wesentlich reduziert. Die Quote der ausbildungs- und arbeitslosen Jugendlichen ist maximal so hoch wie die gesamte durchschnittliche Arbeitslosenquote.

Im Allgemeinen konnten die Lehrstellensuchenden weniger stark von der guten Konjunkturlage der letzten Jahre profitieren als die Stellensuchenden im ersten Stellenmarkt. Jedoch ging die Arbeitslosenquote auch bei den 15–19-Jährigen deutlich von 4,7 Prozent (2005) auf 2,9 Prozent (Juni 2008) zurück, diejenige bei den 20–24-Jährigen von 5,7 Prozent (2005) auf 2,8 Prozent (Juni 2008). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Stadt Bern lag im Jahr 2007 bei 3,2 Prozent und im ersten Halbjahr 2008 bei 2,9 Prozent.

Nach wie vor sind junge Erwachsene mit Migrationshintergrund stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Jugendliche mit Schweizer Pass. Doch ist der Rückgang der Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen ohne Schweizer Pass (minus 4 Prozent) auf allen Altersstufen deutlicher ausgefallen als für die Arbeitslosen mit Schweizer Pass (minus 1,7 Prozent). Im Rahmen des durch Bund und Kanton mitfinanzierten Programms «inizio» konnten bis Mitte 2008 106 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden (drei- oder vierjährige Lehren und Grundausbildungen mit Attest).

Die Abklärungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote für junge Erwachsene in der Sozialhilfe sind um mindestens einen Drittel bis maximal 50% erhöht. Das niederschwellige Integrationsprojekt für Jugendliche (NIP) ist realisiert.

Das Angebot zur Kurzabklärung für junge Erwachsene (drei Tage) «MiniMax» wurde im Frühjahr 2007 eingeführt und seither von 91 Jugendlichen nachgefragt. In der Legislatur wurde ebenfalls das niederschwellige Qualifizierungs- und Vermittlungsangebot ausgebaut: Im Projekt der Motivationssemester stehen 50 Jahresplätze (+ 15 Plätze seit 2005) und im Projekt Dock-In 10 Jahresplätze für junge, Sozialhilfe beziehende Erwachsene zur Verfügung. Schliesslich wurde das niederschwellige Integrationsprogramm (NIP) nach 1,5-jähriger Pilotphase und positiver Evaluation als lastenausgleichberechtigtes Regelangebot eingeführt. Das Angebot richtet sich an junge Erwachsene mit Sozialhilfebezug, die mit Angeboten zur beruflichen Integration nicht erreicht werden können.

Die Zahl der Plätze für die soziale Integration wird in Richtung Ausbau zweiter Arbeitsmarkt von 100 auf 300 Plätze erhöht.

Die soziale Integration konnte durch die Erweiterung des Angebots im zweiten Arbeitsmarkt gefördert werden. Mitte 2008 waren 245 Personen im zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt.

Der Aufbau einer Job-factory (eigene Firma mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen) ist realisiert.

Eine eigens geschaffene Firma mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen konnte nicht etabliert werden. Die Firma musste 2007 stillgelegt werden, weil die zur Eigenfinanzierung notwendigen Aufträge nicht akquiriert werden konnten.

In der Stadtverwaltung wird die Zahl der Ausbildungsplätze (Lehrstellen und Praktikumsstellen) um 10% erhöht.

Die Stadtverwaltung hat die Zahl der Ausbildungsplätze seit 2004 gut verdoppelt (+ 123 Prozent) auf 186 Lehrstellen und 176 Praktikastellen im 2008.

1.9 Neue Formen der Mitwirkung in- und ausländischer Bevölkerungsschichten sind etabliert

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Eine Informations- und Aktionsplattform an einem Alltagstreffpunkt (z.B. Einkaufszentrum) oder in mobiler Form ist eingerichtet.

Der Gemeinderat hat das Konzept für eine neue, niederschwellig zugängliche zentrale Auskunft- und Informationsstelle genehmigt. Der auf zwei Jahre beschränkte Pilotbetrieb beginnt voraussichtlich im Januar 2009.

Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in den Kommissionen des Gemeinderats ist gegenüber Ende 2004 wesentlich erhöht.

Da die meisten Wechsel der Mitglieder der Kommissionen auf eine neue Legislatur hin erfolgen, konnte der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in den gemeinderätlichen Kommissionen gegenüber 2004 noch nicht wesentlich erhöht werden. Im 2008 wird im Hinblick auf die Legislatur 2009 – 2012 gezielt Sensibilisierungsarbeit bei den Entscheidtragenden geleistet.

Pro Jahr sind zwei neue Mitwirkungsprojekte durchgeführt.

Die notwendigen finanziellen Mittel standen erst ab 2007 zur Verfügung. In dieser Zeit konnten zwei Mitwirkungsprojekte durchgeführt werden: Mitfinanzierung des Aufbaus und des Betriebs des Mädchenraums West und des Aufbaus und der Durchführung des Kurses «Mitwirken am politischen Leben in Bern». Zudem wurden Beiträge an Einzelprojekte gesprochen im Bereich Film, Ausstellungen und Partizipationsprojekte.

2.1 Für den Wirtschaftsstandort Bern wird ein ausgewogenes Arbeitsplatzangebot angestrebt

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

1. Zahl der in der Stadt Bern Beschäftigten

Im Zeitraum von 2001 – 2005 ging die gesamtstädtische Beschäftigtenzahl leicht zurück (- 0,4 Prozent), demgegenüber nahm die Beschäftigtenzahl im dritten Sektor leicht zu (+ 1,4 Prozent). Die Entwicklung seit 2005 kann zahlenmässig nicht belegt werden, da keine aktuelleren Betriebszählungsdaten vorhanden sind. Es kann jedoch wegen der ausgezeichneten Konjunktur während der Regierungszeit von einem allgemeinen Arbeitsplatzwachstum ausgegangen werden.

2. Es gibt 200 neue, arbeitsplatzschöpfende Unternehmen in der Stadt Bern.

Gemäss Auswertung des schweizerischen Handelsamtsblatts erfolgten in der Stadt Bern insgesamt 583 Neueintragungen und 22 Firmenlöschungen. Die Auswertung erfasst nicht nur juristischen Personen, sondern auch Einzelfirmen. Obschon das Ziel, 200 neue Unternehmen in der Stadt Bern anzusiedeln, erreicht werden konnte, lässt die Datengrundlage keine Schlüsse zu den zusätzlich durch diese Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätzen zu.

3. Ein konkretes Bauprojekt zum Schlachthof-Areal liegt vor.

Unter dem Namen WankdorfCity liegt ein Vermarktungsprojekt vor. Die SBB AG und die Losinger Constructions AG haben Reservationsvereinbarungen für verschiedene Parzellen unterzeichnet. Rund 80 Prozent der verfügbaren Fläche ist damit vergeben.

2.2 Bern ist als Kulturstadt national und international stärker verankert

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Ein neues kulturpolitisches Konzept ist in Kraft.

Die Strategie für die städtische Kulturförderung 2008 – 2011 wurde im 2006 einem breiten Vernehmlassungsverfahren unterzogen. Anfangs 2007 hat der Gemeinderat die Kulturstrategie genehmigt und der Stadtrat hat sie mit den beantragten Krediten zustimmend zur Kenntnis genommen. Die neue Strategie will die kleineren und mittleren Kulturinstitutionen und Organisationen mit zusätzlich zwei Millionen Franken fördern und bei den fünf grössten Institutionen die Qualität erhalten.

Bern hat ein vielfältiges Programm an Tanz in allen Formen.

Mit der Genehmigung der Kulturstrategie hat der Gemeinderat zugleich auch die darin beabsichtigte Förderung des Tanzes in verschiedenen Formen beschlossen, einschliesslich der teilweisen Umwandlung der Dampfzentrale in eine Tanzinstitution. Die Umsetzung erfolgt ab 2008.

Ein Fonds für Kultur, der durch die Stadt und Private geäufnet wird, ist geschaffen.

Der Fonds für Kultur ist im Voranschlag 2006 mit Fr. 300 000.00 eingerichtet worden. Daraus wurden 2006 und 2007 wichtige Projekte mit namhafter Mitfinanzierung Privater gefördert. Im Rahmen der Kulturstrategie wird der Fonds 2009 – 2011 auf Fr. 100 000 reduziert (davon macht im 2008 der Beitrag ans Kornhausforum Fr. 60 000 aus). Dies zwingt zu eindeutigerer Fokussierung des Verwendungszwecks und zu noch stärkeren Anstrengungen, private Mittel zu finden

Im Rahmen der EURO 2008 wird ein Kulturfestival durchgeführt.

Das Kulturfestival im Rahmen der EURO 2008 in Bern wurde gestrichen, da die im Rahmen der Kulturstrategie vorgesehenen Mittel für das Jahr 2008 ausgeschöpft waren. In den Public Viewing Zonen der Innenstadt wurde jedoch ein gut besuchtes kulturelles Rahmenprogramm gratis angeboten.

Das Haus der Religionen dient ab 2008 als Ort des Dialogs.

Die Baubewilligung für das «Haus der Religionen – Dialog der Kulturen» am Europaplatz ist erteilt. Für die definitive Lösung, die zurzeit noch in Aushandlung ist, sieht die Kulturstrategie einen noch nicht genauer bezifferten Betriebskostenbeitrag vor.

Ein Angebot für Existenzgründung von Kulturschaffenden in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Künste, dem Gründerzentrum und dem Wirtschaftsamt besteht.

Das Angebot für Existenzgründungen von Kulturschaffenden besteht.

Das Zentrum für Kulturproduktion im ehemaligen Progymnasium wird bis zur Sanierung des Proger weitergeführt.

Der öffentliche Investorenwettbewerb zur Umnutzung des «Proger» konnte Ende Mai 2008 abgeschlossen werden. Der Gemeinderat hat dem von einer Fachjury vorgeschlagenen Projekt «Doppelpunkt» den Zuschlag erteilt. Es sieht vor, den «Proger» in Zukunft als Gesundheitszentrum zu nutzen. Ergänzt wird es durch Bildungsangebote und kulinarische und kulturelle Einrichtungen im Turnhallen- und Saalbereich. Die Zwischennutzung durch das Zentrum für Kulturproduktion endet im Juli 2009.

2.3 Bern ist als nationale und internationale Sportstadt etabliert

Zielerreichung

Erläuterungen zu den Indikatoren

Ziel erreicht

Bern ist mehrmals Etappenort der Tour de Suisse.
Die EURO 2008 ist in Bern durchgeführt.
Die Handball-EM 2006 ist in Bern durchgeführt.

Bern war Zieletappenort der Tour de Suisse in den Jahren von 2006 bis 2008 und am 26., 27. und 29. Januar 2006 fanden Spiele der Handballeuropameisterschaft in der Wankdorfhalle statt. Schliesslich wurde die Fussball-Europameisterschaft EURO 2008 in Bern erfolgreich durchgeführt.

Das Eishockey-Stadion ist realisiert (Neubau oder Sanierung).

Die Bern Arena wird im Jahr 2008 saniert und rechtzeitig für die Eishockey-Weltmeisterschaft als Postfinance-Arena fertig gestellt. Bern ist der Hauptaustragungsort der Eishockey-WM im Jahr 2009.

Eine Kinderolympiade ist durchgeführt.

Die Kinderolympiade konnte am 15. Juni 2008 mit über 1 300 Schulkindern der dritten und vierten Klasse erfolgreich durchgeführt werden.

Schweizer Meisterschaften und/oder Finals in 4 Sportarten haben stattgefunden.

Von 2005 – 2008 wurden in der Stadt Bern folgende Meisterschaften oder Finalsspiele durchgeführt: Leichtathletik Schweizermeisterschaften, Cupfinals Unihockey Damen und Herren, Cupfinal Volleyball Damen, Internationaler Fecht Grandprix, Internationales Tanzturnier, Billard Europameisterschaft, Handball Qualifikationsspiel zur Herren-Europameisterschaft.

Mindestens 4 neue Rasen-Fussballfelder sind erstellt.
Eine neue Turnhalle Ost ist erstellt.
Eine Mehrfachsporthalle ist im Bau.

Die Projektierung für zwei Kunstrasenfelder auf der Bodenweid läuft. Komplizierter gestaltet sich die Änderung des Nutzungszonenplans Kleine Allmend und die Realisierung der darauf vorgesehenen vier Rasenfelder. Der Gemeinderat hat dem neuen Nutzungszonenplan anfangs 2008 zugestimmt, der Stadtrat hat ihn jedoch zurückgewiesen.

Eine bessere Perspektive besteht bezüglich einer neuen Turnhalle Ost und einer neuen Mehrfachsporthalle: Der Standort für eine neue Turnhalle beim Bitzius-schulhaus ist definiert. Die Projektphase für eine Doppeltturnhalle läuft, und der Nutzungszonenplan wurde im geringfügigen Verfahren geändert. Für eine Mehrfachsporthalle ist im Frühjahr 2007 die Sporthallen Weissenstein AG gegründet worden, an der Bern und Köniz zu je 50 Prozent beteiligt sind. Der Projektwettbewerb konnte abgeschlossen werden.

2.4 Das Agglomerationsbewusstsein in der Stadt ist gestärkt

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Die Vorlage des Kantons betreffend Agglomerationsstrategie ist von den Stimmberechtigten der Stadt angenommen.

Die Agglomerationsstrategie wurde in der kantonalen Abstimmung von Juni 2007 äusserst deutlich angenommen, in der Region Bern-Mittelland stimmten ihr 98 der 101 Gemeinden zu. Eine Abstimmung über die Einführung einer Regionalkonferenz Bern-Mittelland kann voraussichtlich im Mai 2009 stattfinden. Die Stadt Bern ist an der Ausarbeitung des Geschäftsreglements der Regionalkonferenz beteiligt.

Anzahl Aufgaben der Stadt Bern, die interkommunal erfüllt oder ausgebaut oder mit weiteren Gemeinden zusammen wahrgenommen werden.

Die Stadt Bern hat in der Regierungszeit mit anderen Gemeinden verschiedene Projekte verfolgt: Bspw. SARZ, Bernplus, Bild der Region, Euro 2008, Eggiwiler Symposium, Auftritt mit Nachbargemeinden an der Immobilien-Herbstmesse etc. Zudem hat die Stadt bei Vernehmlassungen (z.B. Totalrevision des Strassenbaugesetzes, FILAG 2012) ihre Stellungnahmen mit weiteren betroffenen Gemeinden abgestimmt. Im Zusammenhang mit dem Projekt FILAG 2012 setzt sich die Stadt Bern zusammen mit anderen Städten für eine umfassende Abgeltung der Zentrumslasten ein.

Anzahl Dienstleistungen der Stadtverwaltung, die durch andere Gemeinden beansprucht werden.

Das städtische Dienstleistungsangebot wurde aktualisiert und ist auf der Seite des Vereins Region Bern aufgeschaltet. Mit Ausnahme der Ausbildungs- und Organisationsberatung (AOB), der Schul- und Büromaterialzentrale (SBZ) und des städtischen Beschaffungsbüros werden die städtischen Angebote von anderen Gemeinden nur selten genutzt.

2.5 Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerbe wird speziell mit Blick auf die Innenstadt verstärkt

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Ein gemeinsam mit den Innenstadtorganisationen erarbeitetes Konzept zur weiteren Attraktivierung der Innenstadt ist teilweise umgesetzt.

Die Stadt pflegte in der Legislatur eine projektbasierte Zusammenarbeit mit den gewerblichen Anspruchsgruppen und der Wohnbevölkerung der Innenstadt. So wurde in der Vorbereitung zur EURO 2008 eine enge und gute Zusammenarbeit erreicht. In den Teilprojekten Fanzone und Public Viewing, die einen starken Bezug zur Innenstadt aufwiesen, waren das Gewerbe und die Wohnbevölkerung vertreten. In jährlich wiederkehrenden Gesprächen mit BERNcity und den Vertreterinnen und Vertretern der Altstadtleiste wurden darüber hinaus weitere Handlungsfelder diskutiert. Zudem kann das Gewerbe der Innenstadt im Rahmen des Pilotprojekts «Subers Bärn – zäme geit's» seine Interessen direkt einbringen: BERNcity ist zusammen mit einer Leistvertretung Mitglied der Begleitgruppe und des Vereins CasaBlanca. Im Hinblick auf die Eröffnung des neuen Bahnhofplatzes wurden weitere Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ergriffen (Bahnhofsreglement, Platzgestaltung, Entrümpelung stark frequentierter Plätze und Strassen etc.).

Das Fussgängerleitsystem für kulturelle Institutionen ist für die Innenstadt, das Museumsgebiet Kirchenfeld und die Achse bis zum Zentrum Paul Klee realisiert.
Die zweite Etappe Verkehrskompromiss ist umgesetzt.

Das Fussgängerleitsystem konnte realisiert werden, ebenso wurde die zweite Etappe des Verkehrskompromisses im Jahr 2005 vollständig umgesetzt.

2.6 Der Wertzerfall bei den Infrastrukturanlagen wird gebremst

Zielerreichung

Ziel teilweise erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Bereitgestellte Investitionsmittel 2005 bis 2008:
2005: 31 Mio. Franken
2006: 34 Mio. Franken
2007: 37 Mio. Franken
2008: 42 Mio. Franken

Der Gemeinderat hat den Investitionsmitteln für die Zeitspanne von 2005 – 2008 zugestimmt.

Das heutige Verhältnis der Aufwendungen für werterhaltende und wertvermehrende Massnahmen im Tiefbaubereich von 40:60 beträgt im Mittel der Legislatur neu 60:40; d.h. es werden mehr Mittel für den Werterhalt und weniger Mittel für die Wertvermehrung eingesetzt.

Die Grossprojekte Bahnhofplatz, Brünnen WESTside, Umfahrung Niederbottigen, S-Bahn-Station Wankdorf und der Zubringer Neufeld generieren erheblichen Mehrwert, so dass das angestrebte Verhältnis nicht ganz erreicht werden konnte. Im Jahr 2007 wurden 53 Prozent der eingesetzten Mittel für den Werterhalt und 47 Prozent für Mehrwert eingesetzt.

Höhe der Wert erhaltenden Investitionen im Tiefbau und in den Grünanlagen

Der Stadt fehlt es an den finanziellen Mitteln, die für den Werterhalt ausgegeben werden müssten (33 Mio. Franken / Jahr). Die Stadt investierte in der Legislatur gut 15,2 Mio. Franken pro Jahr für den Werterhalt im Tiefbau. Die gleiche Problematik besteht bei den Investitionen in die Grünanlagen: Für die werterhaltende Pflege sieht die Stadt Bern jährliche Investitionen von durchschnittlich 2,9 Mio. Franken vor. Durch die Grossprojekte Zirkusplatz und Brünnenpark bleibt nur ein kleiner Betrag für Sanierungen übrig.

Alle Antworten auf politische Vorstösse, die Investitionen im Bereich Tiefbau / Stadtplanung / Verkehrsplanung und Grünanlagen auslösen, enthalten Aussagen zu den Kosten für die Werterhaltung.

Bei allen Kreditanträgen, die den Tiefbau betreffen, wird seit dieser Legislatur ein Kapitel zum Thema «Walterhalt/Mehrwert» aufgeführt und seit 2006 besteht eine Checkliste, mit deren Hilfe eine einheitliche Bewertung vorgenommen werden kann. Bei Planungsgeschäften ist es in der Regel möglich, Aussagen zu den Kosten für die Werterhaltung zu machen.

Der Unterhaltsstandard bei den Infrastrukturanlagen im Tiefbau entspricht unter Berücksichtigung der Mehrbeanspruchung durch den öffentlichen Verkehr und des behindertengerechten Bauens dem schweizerischen Durchschnitt.

In der Stadt Bern werden die bau- und planungsrechtlichen Erlasse eingesetzt, die im Kanton Bern Gültigkeit haben. Ergänzt werden diese Vorgaben durch die Gestaltungsprinzipien der Stadt Bern. Die Einsparmöglichkeiten wurden im Zeitraum der Berichterstattung vollumfänglich ausgeschöpft.

2.7 Die Steuereinnahmen werden ohne Erhöhung des Steuerfusses erhöht

Zielerreichung

Ziel erreicht

Erläuterungen zu den Indikatoren

Steigerung der Steuereinnahmen der natürlichen Personen

Ende Legislatur konnte die Budgetprognose vor allem wegen überraschend hohen Nachfakturierungsbeträgen aus früheren Steuerjahren deutlich übertroufen werden. So erhöhten sich die Anzahl der ordentlich besteuerten Personen um 0,2 Prozent und der Steuerertrag um 13,8 Mio. Franken oder 5,1 Prozent. Im Vergleich zum Durchschnittsertrag der Jahre 2000 bis 2006 konnte der Steuerertrag um 18,6 Mio. Franken oder 7,0 Prozent gesteigert werden.

Steigerung der Steuereinnahmen der juristischen Personen

Der Konjunkturaufschwung wirkte sich bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen günstig aus: Der Steuerertrag aus Gewinn und Kapital stieg im 2007 gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Mio. Franken oder 9,5 Prozent.

Das Baubewilligungsverfahren wird optimiert.

Die neue Bauordnung BO.06 sieht Vereinfachungen bei den Bewilligungsverfahren vor. Zudem wird verstärkt Wert gelegt auf Verfahrensbegleitung und prioritäre Verfahren.

Impressum

Herausgeber:
Gemeinderat der Stadt Bern

Druck:
SBZ Schul- und Büromaterialzentrale